



駐德國台北代表處

Taipeh Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland

Taiwan Newsletter

Politik

Präsidentin Tsai hält Neujahrsansprache für 2023



Präsidentin Tsai Ing-wen erklärte bei ihrer Neujahrsansprache am 1. Januar 2023, ihre Regierung arbeite daraufhin, den Schwung der Wirtschaft Taiwans aufrechtzuerhalten, die nationale Sicherheit zu schützen und das Wohlergehen der Öffentlichkeit zu fördern sowie die Pflichten in der Region zu erfüllen.

Aufgrund der russischen Invasion in der Ukraine und der dadurch hervorgerufenen globalen Inflation hätten viele Länder in der Welt mit erheblicher wirtschaftlicher und finanzieller Instabilität zu kämpfen, und es bestehe beträchtliche Unsicherheit durch sporadische Nahrungsmittel- und Energiekrisen. Unlängst habe eine Konferenz über die nationale Sicherheit auf hoher Ebene stattgefunden, um auf den anhaltenden inflationären Druck zu reagieren und zu versuchen, das Risiko eines wirtschaftlichen Abschwungs zu mindern, ergänzte sie.

Die Präsidentin verwies auf erhöhte Ausgaben der Regierung zur Verringerung der finanziellen Belastungen der Bürger und Bürgerinnen, da die Kosten für Lebensmittel, Kleidung, Wohnraum und Verkehr gestiegen seien. Ferner fördere die Regierung industrielle Modernisierung und Wandel, um Taiwans Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und auf diese Weise die Lebensqualität für alle Taiwaner zu sichern.

Die Regierung biete Anreize sowie Zuschüsse und sonstige Maßnahmen an, damit die Tourismusbranche internationale Besucher anlocken und ausländische Unternehmen ihre Mitarbeiter dazu ermuntern können, nach Taiwan zu reisen, im Land zu studieren oder Kreuzfahrten und Charterflüge zu buchen.

Taiwan müsse seine landwirtschaftlichen Infrastrukturprojekte ausweiten und diese schneller als geplant abschließen, um die Inlandsnachfrage und Investitionen durch öffentliche Bauvorhaben anzukurbeln und dazu beizutragen, die Auswirkungen extremer Wetterverhältnisse zu bewältigen, betonte Tsai Ing-wen.

Neben Herausforderungen in Wirtschaft und Industrie habe die anhaltende Expansion des Autoritarismus Sorgen über die Konjunktur und Stabilität in der indo-pazifischen Region hervorgerufen, bemerkte sie.

Der unlängst angekündigte Plan zur Neu-

ausrichtung der Streitkräfte werde Taiwans Landesverteidigung durch die Überprüfung und Anpassung der Verteidigungsstruktur stärken, prophezeite die Präsidentin.

Der Schutz der Heimat sei nicht nur die Aufgabe der Streitkräfte, sondern eine gemeinsame Verpflichtung, die von allen Bürgern und Bürgerinnen mitgetragen werden sollte.

Beide Seiten der Taiwanstraße seien vielfach mit gleichen Herausforderungen konfrontiert. Krieg sei nie ein Weg gewesen, Probleme zu lösen, sondern nur durch Dialog, Kooperation und gemeinsame Arbeit für regionale Stabilität und Entwicklung könnten die Menschen Sicherheit erlangen, mahnte sie.

AoD-Delegation zu Gast bei Außenminister Wu



Außenminister Jaushieh Joseph Wu hieß am 3. Januar in seinem Ministerium Mitglieder einer Delegation der in Dänemark ansässigen Stiftung Allianz von Demokratien (AoD) mit einem Bankett willkommen.

An der Spitze der Delegation stand der AoD-Gründer Anders Fogh Rasmussen, der von 2001 bis 2009 als dänischer Premierminister und von 2009 bis 2014 als NATO-Generalsekretär fungierte.

Rasmussen sei ein energischer Unterstützer Taiwans, sagte Wu, und verwies auf eine Einladung von Rasmussen an ihn zu einer Ansprache vor dem Demokratieipfel in Kopenhagen 2019 sowie an jährliche Einladungen an Präsidentin Tsai zur Teilnahme an der gleichen Veranstaltung seit 2020.

Der Außenminister erklärte, Taiwan stehe an vorderster Front gegen die Expansion von Autoritarismus, und sei angesichts dieser Expansion ruhig geblieben und habe Selbstbeherrschung bewiesen. Sein Land sei entschlossen, mit gleichgesinnten Partnern zum Schutz der gemeinsamen Werte Freiheit und Demokratie zusammenzuarbeiten, während Sicherheit und Stabilität gewahrt blieben, betonte er.

Rasmussen beschrieb Taiwan als leuchtendes Vorbild für Demokratie in der Indo-Pazifik-Region. In Taiwan hätten sich seit seines letzten Besuchs im Jahr 1994 enorme Umwälzungen ereignet. Die Reise der Delegation führe die Entschlossenheit der demokratischen Welt vor, solidarisch an Taiwans Seite zu stehen, fügte er hinzu.

Wissenschaft

Taiwans Nationale Weltraum-Organisation aufgewertet und umbenannt

Am 1. Januar 2023 wurde die Nationale Weltraum-Organisation (NSPO) in Taiwan-Weltraumbehörde (TASA) umbenannt, um die globale Wettbewerbsfähigkeit des Landes bei Weltraumforschung zu stärken, wie der Nationale Wissenschafts- und Technologie-Rat (NSTC) mitteilte.

Die in Hsinchu angesiedelte TASA war ursprünglich 1991 als Nationales Raumfahrtprogrammbüro unter dem langfristigen nationalen Raumfahrttechnologie-Entwicklungsprogramm eingerichtet und 2003 den Nationallabors für angewandte Forschung (NARL) unterstellt worden.

Durch den aufgewerteten Status untersteht TASA der direkten Aufsicht des NSTC, sodass bei Raumfahrteinsätzen, Personalausbildung und Förderung modernster Technologien staatliche und privatwirtschaftliche Ressourcen besser miteinander koordiniert werden können.

Seit 1999 wirkte die Behörde an den Starts der Satelliten ROCSAT-1, Formosat-2, Formosat-3, Formosat-5 und Formosat-7 mit, die beiden letzteren sind nach wie vor im aktiven Einsatz.

Laut NSTC wird das jüngste Programm von TASA - Formosat-8 - eine Konstellation von sechs hoch auflösenden optischen Fernerkundungssatelliten, ab 2024 mit den ersten Starts beginnen.

Gesellschaft

Strengere COVID-19-Tests für Einreisende aus China

Bereits am 28. Dezember 2022 hat das zentrale Epidemie-Kommandozentrum (CECC) neue Test-Vorschriften für Einreisende aus China erlassen, da die Anzahl von Infektionsfällen mit Varianten des Coronavirus COVID-19 angestiegen war.

Ab dem 1. Januar 2023 sind Reisende, die mit Direktflügen aus China eintreffen, sowie Anwohner der vorgelagerten Inselgruppen Kinmen und Matsu mit besonderen Reise-Arrangements verpflichtet, sich am Flughafen oder dem Ort der Einreise einem PCR-Test zu unterziehen an. Die neuen Vorschriften sollen einen Monat lang gelten.

In einer weiteren Stellungnahme hieß es, mit Wirkung zum Beginn des Jahres 2023 müssen Personen, die keine taiwanischen Staatsbürger sind und nicht ins Programm der Nationalen Krankenversicherung (NHI) einbezogen sind, ihre medizinischen Kosten während der Isolationsfrist selbst tragen, sollten sie in Taiwan mit COVID-19 diagnostiziert werden, betonte das CECC.